

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Pettzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 51 Fernruf 179. Wildbad, Donnerstag, den 3. März 1921 Fernruf 179 55. Jahrgang

Die deutschen Gegenanschläge.

London, 2. März.

Gestern mittag vor 12 Uhr fand im Lancasterhaus die erste Zusammenkunft der deutschen Vertreter auf der Konferenz mit den Vertretern der Verbündeten statt. Zuerst trafen die französischen, italienischen, belgischen und japanischen Beauftragten ein, dann folgten die Deutschen. Als Lloyd George erschien, wurde er von der vor dem Saal versammelten Menge mit Beifall begrüßt. Es wurde gerufen „Lafte die Deutschen bezahlen!“, was neuen Beifall hervorrief.

Im Sitzungssaal nahm Lloyd George auf dem Präsidentenstuhl Platz, die britischen Minister Curzon und Chamberlain zu seiner Rechten und Briand zur Linken. Den Deutschen war, wie in Versailles, der Platz nicht an den Tischen der Verbündeten, sondern in der Mitte des Saals angewiesen.

Reichsminister Dr. Simons verlas auf Aufforderung Lloyd Georges die Erklärung:

Erklärung:

„Die Pariser Beschlüsse der Verbündeten sind unerfüllbar. Deutschland ist aber bereit, bei seinen Gegenanschlägen bis an die Möglichkeitsgrenze zu gehen. In dieser Hoffnung hält die deutsche Regierung die Aufstellung eines Zahlungsplanes auf folgender Grundlage für möglich:

Der Restwert der von der Entente geforderten 42 Jahreszahlungen beträgt, bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Jahreszahlungen mit 8 Prozent jährlich, etwas über

50 Milliarden Goldmark.

Darauf sind die gesamten bisherigen Leistungen, soweit sie auf Entschädigungskonto gutzuschreiben sind, anzurechnen. Ein geringerer Abzug für die Vorleistungen würde auch Gesamtzahlungen bedingen, welche weit über die Leistungsmöglichkeiten hinausgehen. Eine stärkere gemischte Sachverständigenkommission zur Feststellung des genauen Werts dieser Vorleistungen müßte sofort eingesetzt werden. Durch den Abzug des Werts dieser Vorleistungen von dem angegebenen Restwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Jahreszahlungen ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu zahlenden Leistungen. Er soll im Weg internationaler Anleihen beschafft werden. Da der Gesamtbetrag oder ein größerer Teil in nächster Zukunft nicht aufgebracht werden kann, wird zunächst die Restfälligmachung eines Teils anzustreben sein. Deutschland schlägt vor, eine Anleihe in möglichst großem Umfang, etwa bis zu 8 Milliarden Goldmark, auszugeben, die auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in den Ausgabebändern steuerfrei sein soll. Der Zinsfuß soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1 1/2 Prozent nach fünf Jahren einsetzen. Deutschland gewährt den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten und übernimmt für die nächsten fünf Jahre die Zahlung von je 1 Milliarde Goldmark jährlich, zu decken durch Sachleistungen. Hierfür soll der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und Bestellern der verbündeten Ländern eingeführt werden.

Deutschland ist bereit, am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken, welche Leistungen auf die Jahreszahlung zu verrechnen sind. Der Betrag der deutschen Entschädigungsschuld, der nicht zugleich durch die Anleihe oder anderweitig gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Gegen diese Zinsen kämen bis 1. Mai 1926 die erwähnten Jahreszahlungen von je 1 Milliarde in Anrechnung. Der Zinsbetrag, der hierdurch etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Weitere Abmachungen über Finanzierung der Restschuld und über die Tilgung, die nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleibt vorbehalten. Weitere Teilbeträge sollen baldmöglichst auf dem Anleiheweg ausgegeben werden.

Es wird angenommen, daß die 12prozentige Abgabe der deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Verbündeten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bezweckt.

Der Grundgedanke einer Beteiligung der Entente hierbei wird anerkannt. Er hat jedoch schon dadurch weiteste Berücksichtigung gefunden, daß die Vor-

schläge sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen.

Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands aus Teil 8 Abs. 1 nebst Anlagen und Teil 9 des Versailler Vertrags sind als abgegolten anzusehen. Dasselbe gilt für Artikel 169 und von der sich aus Teil 10 ergebenden Verpflichtung Deutschlands, den Verkauf und die Zurückbehaltung des in den verbündeten Ländern befindlichen deutschen Privatvermögens zu dulden. Unberührt bleibt die Verpflichtung Deutschlands zur Wiederherstellung aus Artikel 238.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die Voraussetzung des Artikels 431 des Vertrags als eingetreten gilt, sobald der gesamte oben festgesetzte Betrag bezahlt ist. Voraussetzung für die Vorschläge ist der Ausfall der Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands. Demgemäß verbleibt Oberschlesien bei Deutschland, ferner ist nötig: Beseitigung der Hemmnisse des Weltwirtschaftsverkehrs und Durchführung wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung.

Der Eindruck bei den Verbündeten.

Wie der Berichterstatter der „Voss. Ztg.“ aus London meldet, regte Dr. Simons nach seinem Vortrag an die Sachverständigen in den Saal zu rufen. Lloyd George erwiderte, nach dem, was man soeben gehört habe, könne man darauf verzichten. Wenn von deutscher Seite nichts anderes geboten werde, so sei das ein Zeichen, daß Deutschland die Sachlage vollkommen mißverstanden habe und daß nicht einmal eine Grundfrage für eine Erörterung oder eine Prüfung der Vorschläge gegeben sei. Die verbündeten Regierungen werden am Nachmittag Beschluß fassen, welche Antwort sie den Deutschen geben werden. Briand sah während der Vorlesung kalt da, Loucheur zeigte eine höhnische Miene. Mit großem Interesse schien der Italiener Graf Sforza zuzuhören. Die Japaner zeigten die gewohnte Freundlichkeit, die kein Mensch zu deuten weiß. Die Mißstimmung machte sich auch in den äußeren Formen bemerkbar. Lloyd George erhob sich nach seiner Erwidmung und verließ mit den Verbandsvertretern den Saal, ohne sich zu verabschieden. Dabei soll Lloyd George nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ zu einem andern Verbandsvertreter gesagt haben: „Wenn die Verhandlung in dieser Art weiterginge, dann müßten am Ende die Verbündeten noch hören, was sie an Deutschland zu zahlen haben.“ Was da zu hören gewesen sei, das seien nur die Allgemeinheiten, die man schon aus den Reden des Dr. Simons in Süddeutschland erfahren habe.

Trotz des augenblicklichen ungünstigen Eindrucks glaubt man in unterrichteten Kreisen doch nicht, daß die Konferenz sogleich abgebrochen werde, man hält es vielmehr für wahrscheinlich, daß die Verhandlungen weitergeführt werden auf Grund von neuen Vorschlägen, die aus Berlin erwartet werden. Es scheint, daß Lloyd George und die andern Verbandsvertreter die deutschen Gegenanschläge im ersten Augenblick in ihrer vollen Bedeutung nicht genügend überschaut haben, da sie in Wirklichkeit den Pariser Forderungen viel näher kommen, als es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Die Denkschriften.

Den Gegenanschlägen ist eine Denkschrift über die wirtschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse beigegeben worden. Sie fußt auf Sachverständigen-Gutachten, berechnet die Belastung der deutschen Wirtschaft, erörtert die Handels- und Zahlungsbilanz, deren Verbesserung durch Beschränkungen der Einfuhr und Beschränkung des Luxusgüterverbrauchs, wodurch sich etwa 1/4 Milliarden Goldmark ersparen lassen. Es wird festgestellt, daß Ersparnisse an Nahrungsmitteln unmöglich sind und die Handelsbilanz nur in bescheidenem Umfang durch Einsparungen und Einfuhrbeschränkungen, stärker nur durch Steigerung der Produktion und der Ausfuhr verbessert werden kann. Es wird des Weiteren auf die Folgen hingewiesen, die eine übertriebene Steigerung der deutschen Produktion zum Zwecke der Ausfuhr hätte, die ein Emporschnellen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt bedeuten würde. Als Folge einer erzwungenen Ueberspannung der deutschen Produktion und Ausfuhr wird weiter die Tatsache hingestellt, daß

Deutschland dann die zentrale industrielle Werkstätte der Erde werde, die zwar unter gedrückten Verhältnissen und Hungersöhnen arbeiten, aber mit der ganzen Leidenschaft und Fähigkeit eines um sein Leben ringenden Volkes und mit der ganzen Gewalt seines angestrenzten Produktionsapparats auf die Märkte der Erde wirken müßte. Bezüglich der Entschädigungsleistungen wird bemerkt, daß diese nicht die Aufgabe einer einzelnen Volkswirtschaft, sondern der neu zu gestaltenden Weltwirtschaft seien.

Des Weiteren waren den Gegenanschlägen beigegeben Bemerkungen zur Denkschrift der Sachverständigen der Verbündeten über den Haushalt des deutschen Reichs. Durch Ausgestaltung des direkten Steuersystems hat Deutschland seinen Willen zur Erhöhung der ordentlichen Einnahmen gezeigt. Der Reichshaushaltplan von 1921 zeigt aber, daß nur durch starke Erhöhung der indirekten Steuern der Ausgleich zwischen den Ausgaben und den Einnahmen herbeizuführen sein wird. Deutschland ist bereit, auch die außerordentlichen Ausgaben einzuschränken. Der Zeitpunkt, wenn diese Beschränkung der Ausgaben für die Befähigung, die von den Sachverständigen der Verbündeten als notwendig bezeichnet wurde, sieht Deutschland die unbedingte Voraussetzung für größere Leistungen. Es wird weiter betont, daß der in der Denkschrift dieser Sachverständigen angegebene Weg unter keinen Umständen möglich sei, falls die Forderungen der Pariser Beschlüsse bestehen bleiben.

Die Summe von 50 Milliarden, die auf den ersten Blick sich so stark von 226 Milliarden des Pariser Abkommens unterscheidet, ist errechnet durch Rückdiskontierung der 226 Milliarden zu 8 Prozent. Es ist das Ergebnis einer sehr scharfen Rechnung der Sachleute. Aber da man auch auf der Gegenseite etwa zu dem gleichen Ergebnis gekommen ist, so sollten dagegen von deren Standpunkt nicht viel Einwendungen zu erheben sein; die 226 Milliarden des Pariser Vorschlags sind die Summe von Jahreszahlungen, während unsere 50 Milliarden Goldmark als Gesamtsumme erscheinen, zu der später eine Verzinsung des rückständigen Betrags zu 5 Prozent treten soll. Daß wir unsere bisherigen Leistungen anzurechnen wünschen, liegt auf der Hand. Auch deren Gesamtsumme soll noch sorgfältig von einer gemischten Sachverständigenkommission errechnet werden. Wir schätzen sie auf 20 Milliarden und darüber. Daß wir zur Deckung dieser Schuld den Weg der internationalen Anleihe beschreiten möchten, ist begreiflich. Deutsches Papiergeld können wir unseren Gegnern nicht gut bieten. Ohne internationale Anleihe wären wir zahlungsunfähig. Das wäre gewesen, wir hätten den Gesamtbetrag (es sind genau 52,2 Milliarden) gleich auf einmal als Anleihe aufnehmen können. Das ist den Kennern des Weltfinanzmarkts indes als schwer möglich rathen. So gilt es, die Summe nach und nach flüssig zu machen. Auch bei 8 Milliarden handelt es sich um ein stattliches Angebot. Jedenfalls ist das Angebot der Gegenanschläge das Beste, was Deutschland durch größte Sparsamkeit, höchste Steuerleistung und angepannte Arbeitsleistung aufbringen kann.

Neues vom Tage.

Denkschrift über die Reichsschulden.

Berlin, 2. März. Reichsfinanzminister Dr. Birtz hat dem Reichstag eine Anleihe Denkschrift für das Jahr 1920 vorgelegt. Nach der Denkschrift belief sich der Gesamtbetrag der Anleihecredite bis September 1919 auf 118 328 902 026 Mark. Diese Summe erhöhte sich durch die einzelnen Gesetze aus dem Jahre 1919—20 bis zum Betrage von 253 798 216 284 Mark, ermäßigte sich jedoch durch Ersparnisse und Anrechnung von in Zahlung gegebenen Kriegsanleihefesten um 8 067 872 306 Mark, so daß sich als Gesamtbetrag der Anleihecredite 245 730 441 977 Mark ergeben. Das gesamte auf Grund des Anleihecredits bezogene Schuldkapital betrug am 30. September 1920 224 049 764 861 Mark. Von den Schuldverschreibungen im Gesamtbetrag von 73 397 773 700 Mark waren am 30. Dezember 1920 18 121 892 700 Mark, gleich 25 Prozent, in das Reichsschuldbuch eingetragen. Der gesamte bis 30. Dezember 1920 in Schuldverschreibungen und verzinslichen Schatzanweisungen ge-

gebene Anleihebetrag verzinst sich im Durchschnitt mit 4,993 Prozent.

Berlin, 2. März. Im Hauptauschuss des Reichstags führte Reichsverkehrsminister v. Gröner aus, die starke Vermehrung des Personals der Eisenbahnen sei durch den Nachfruchtentzug, der einen Mehraufwand an Personalausgaben von 30 Prozent bringt, d. h. 240 000 Löhne und 3,05 Milliarden Mark, und geringere Leistungen, aber auch durch verschiedene Einzelumstände bedingt. So seien bei der Bearbeitung des Steuerabzugs vom Lohn allein 1706 Personen beschäftigt, die veränderte Lohnzahlung verursache einen Mehrbedarf von 3648 Köpfen. Wegen ihrer Tätigkeit in den Berufsvertretungen seien 2212 Beamte und Arbeiter (Arbeiterräte usw.) ganz oder teilweise vom Dienst befreit. Der verlängerte Urlaub mache die Einstellung von 26 517 Köpfen nötig. Wer Schmier- und Bestechungsgelder annehme, werde aus dem Dienst entfernt. Als Entschädigung für gestohlene oder beschädigte Güter mussten 1913 7 Millionen, 1918 148 Millionen, 1919 336,8 Millionen Mark von der Eisenbahnverwaltung vergütet werden.

Der erfolglose Spardiktator.

Berlin, 2. März. Der zur Vereinfachung der Reichsverwaltung und Einführung von Spargrundsätzen im vorigen Jahr ernannte „Spardiktator“ Dr. Carl hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. (Dr. Carl wollte schon Ende vorigen Jahres seinen Abschied nehmen, weil er mit seinen Vorschlägen nicht durchdrang. Wenn man eben einen Pels waschen will, muß man ihn schließlich auch naß machen.)

Verhinderter Stapellauf.

Flensburg, 2. März. Auf der Flensburger Schiffsverft sollte gestern ein für die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes in Hamburg erbaute 12 000 Tonnen großer Dampfer vom Stapel laufen. Das Schiff sollte den Namen „Tirpitz“ erhalten, womit sich jedoch die Mehrheit der Arbeiterschaft nicht einverstanden erklärte. Da ein Vermittlungsvorschlag ergebnislos verlief, sperrte die Direktion der Werft gestern vormittag die gesamte Arbeiterschaft, etwa 2000 Mann, aus. Staatssekretär a. D. v. Tirpitz, der mit Stinnes und anderen Persönlichkeiten auf der Werft erschien, kaufte das Schiff auf seinen Namen. Der Stapellauf erfolgte indessen nicht.

Die Revolteschäden in Bayern.

München, 2. März. Der Minister des Innern teilte im Landtag mit, der Gesamtschaden bei der Kommunistenerhebung sei noch nicht festgestellt. München allein habe etwa 12 Millionen angemeldet. Vom Reich sind der Stadt München für dringende Fälle 3 1/2 Millionen vorgeschossen worden und der bayerische Staat hat ihr einen Kredit von 2,3 Millionen eröffnet.

England, Amerika, Japan.

London, 2. März. Im Unterhaus fragte Hall, ob die Bedingungen des Abkommens zwischen England und Japan bei einem Streit, der zwischen Japan und Amerika entstehen könnte, die Möglichkeit einer Unterdrückung Japans ausschließen. Kellaway erwiderte, die Beziehungen zwischen England und Japan seien so geordnet, daß England nicht in einen Krieg mit Amerika verwickelt werde. Den Vereinigten Staaten sei keine amtliche Mitteilung darüber gemacht worden. Es bestehe aber kein Grund zu der Annahme, daß die verantwortlichen Beamten in den Vereinigten Staaten irgend einen Zweifel über die klare Lage hätten.

Die „Sanktionen“.

London, 2. März. Reuter erfährt aus französischen Kreisen, daß folgende „Sanktionen“ angewendet werden sollen, falls Deutschland die Pariser Forderungen der Verbündeten zurückweise: Erhebung einer 50-prozentigen Abgabe der deutschen nach den verbündeten Ländern eingeführten Waren, Errichtung einer Zollschranke, die das linke Rheinufer wirtschaftlich von dem übrigen Deutschland trennt, Besetzung der deutschen Kohlenhöfen auf dem rechten Rheinufer und schließlich als letztes Mittel Beschlagnahme der deutschen Balle.

Im Pariser „Petit Journal“ wird von einer weiter geplanten Maßnahme gesprochen, namentlich der Besetzung

der Stadt Mannheim und der Besetzung des Hafens von Hamburg durch eine englische Seeblockade.

Der Chef des belgischen Generalstabs ist nach London berufen worden.

Die englische Presse gegen die deutschen Vorschläge.

London, 2. März. Die gesamte Londoner Presse lehnt die deutschen Vorschläge ab, zum Teil in sehr scharfen Ausdrücken. Die „Morning Post“ schreibt, Simons habe durch seine gefirigte Rede den Verbündeten ihre Aufgabe leicht gemacht. Er habe ihnen eine Einheit des Zwecks und Ziels gegeben, die sie seit November 1918 nicht befehlen haben. Die Errichtung einer wirtschaftlichen Schranke am Rhein und die Verlängerung der Besetzung des linken Rheinufer könnten bald in Kraft gesetzt werden. Die anderen Strafen werden folgen, wenn die deutsche Regierung auf ihrer ablehnenden Haltung verharre. — „Daily Telegraph“ führt aus, England werde die Deutschen nicht im Zweifel darüber lassen, daß es Frankreich unter allen Umständen unterstützen müsse, sei es durch eine Unternehmung zur See oder durch wirtschaftlichen Druck. — „Daily Mail“ nennt die deutschen Gegenanschläge unterwürdig.

Reichstag.

Berlin, 1. März.

Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Abg. Keil (S.) spricht gegen den Abg. Dr. Helfferich, der sich vergebens bemühe, den Abgeordneten von den Kerkhoff reinzuwaschen. Er verlangt vom Minister Auskunft und Aufklärung darüber, daß die für die Ausführung der Friedensbestimmungen in den Haushalt eingestellten Mittel höher seien, als im Friedensvertrag vorgesehen sei. Zum Beispiel seien für die Besetzungskosten 25 Milliarden angesetzt. Merkwürdig sei es, daß Staatssekretär Schröder unsere Steuerkraft in Brüssel noch nicht als erschöpft bezeichnet habe. Schröder habe den Verband damit gegen uns aufgehetzt. Den Minister ersuche er, auch einmal vor Arbeitern zu sprechen, damit er ein klares Bild der Stimmung erhalte. Wenn man beabsichtige, um die Steuereinzahlungskosten zu vermeiden, den Steuerabzug in eine feste Lohnsteuer umzuwandeln und es beim Abzug für 1920 belassen zu lassen, ohne Nachforderungen zu erheben, so brauche man doch jetzt nicht Mühe und Arbeit auf nachträgliche Veranlagungen von 1920 aufzuwenden. Wenn die bürgerlichen Parteien glauben, einen Steuerblock bilden zu können, für die indirekte Besteuerung der Arbeiter, dann werde das Bürgerium eine geschlossene Arbeiterfront gegen sich finden. Warum kann sich Herr Stinnes immer noch weigern, seine Steuererklärung abzugeben?

Abg. Helfferich (D.nat. Vp.) gibt im Namen seiner Fraktion folgende Erklärung ab: Die deutsch-nationale Fraktion hat eingehend die Beschuldigungen gegen den Abg. Kerkhoff geprüft mit dem Ergebnis, daß alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe nach den amtlichen Ermittlungen nicht erwiesen sind. Die deutsch-nationale Fraktion werde der gerichtlichen Klärung keine Hindernisse bereiten. Von einem gefälschten Ehrengewinn des Finanzamts Vohwinkel sei keine Rede. Der Abg. von den Kerkhoff soll alles zur Aufklärung des Falls getan haben. Bei der Entwendung der Akten sind die Kerkhoff entlastenden Akten verschwunden. Ich bedauere, daß der Abg. Keil einem unserer Vertreter in London so in den Rücken gefallen ist. Sie wollen jetzt schon die indirekten Steuern als Agitationsmittel benutzen, die durch Ihre Schuld notwendig geworden sind. Wir werden Ihnen das vereiteln.

Reichsfinanzminister Dr. Wieth: Die Fälle Erzberger und Kerkhoff werden eingehend untersucht werden. Die Wähler kehren den Spiegel jetzt schon um und schreiben in der „Kreuzzeitung“, die Akten Kerkhoff seien wohl nur gestohlen worden, um den Fall Kerkhoff zu ermöglichen. So dumme, wie mich gewisse Korrespondenten hinstellen, bin ich nicht. Im Fall Erzberger wird jetzt behauptet, ich hätte in ein schwebendes Verfahren eingegriffen. Ich habe mich streng gehalten, das zu tun. Je mehr ich Zurückhaltung übe, um so heftiger werden die Angriffe der Rechten. Auch Helfferich ist nicht freizusprechen von der Schuld, diese Dinge erst in den politischen Streit geworfen zu haben. Der Vorsitzende des Finanzamts Vohwinkel, Regierungsrat Kaufmann, hat auf Befragen erklärt, es könne sich nicht um eine gefälschte Ehrenerklärung handeln. Er sei nicht von außen beeinflusst worden. Im Geschäftsordnungsausschuß werde er restlose Aufklärung über diesen Fall und die Angelegenheit Erzberger geben. Wir haben nur 15,3 Milliarden für die Besetzung in den Haushalt eingestellt, obwohl namentlich die Naturalleistungen weit darüber hinausgehen. Das ist den Verbündeten klargelegt worden. Im Ordinarium werden rund 44,3 Milliarden angefordert werden, die uns nötigen, die Steuern auf das äußerste anzustrengen. Das ist aber bei dem Verband nicht anders. Hierzu kommen die ungeheuren Abgaben, die bisher 28 Milliarden betragen, und außerdem 26 Milliarden für die Besetzungskosten. Hinzu kommt die Tilgung der Anleihen, der Schatzanweisungen usw. Die Gesamtschuldenlast der deutschen Regierung beläuft sich auf rund 300 Milliarden. Ueber die Frage, ob die rückständige Steuer für 1920

niedergeschlagen werden soll, wird die Entscheidung in diesen Tagen fallen. Eine Widerung der Steuer für die höheren Einkommensklassen kommt nicht in Frage.

Abg. Köner (Wirt. V. V.) bringt Beschwerden gegen die württembergischen Finanzämter vor. Diese Reuter verbieten es den landwirtschaftlichen Organisationen, ihre Mitglieder über Steuerangelegenheiten aufzuklären und sie zu beraten. Unbedingt nötig ist es, die Bevölkerung in dieser Hinsicht aufzuklären. Die Finanzämter aber versuchen mit Drohungen und Einschüchterungen auf die Bauern einzuwirken. In einem Fall wurde sogar mit der Verhängung von Schutzhaft gedroht. Die Landwirte werden vollkommen willkürlich behandelt, insbesondere bei der Feststellung des Ertragswerts ihrer Grundstücke. Der landwirtschaftliche Betrieb stellt sich ganz offen ab. Kein Betrieb ist so leicht zu kontrollieren als gerade der der Landwirte. Der Haushalt des Finanzministeriums wird sodann genehmigt, ebenso der Haushalt des Reichsverkehrsministeriums. Abteilung für Wasserstraßen.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr mit einer kurzen Ansprache, in der er auf die Bedeutung der gegenwärtigen Londoner Verhandlungen für Deutschland und ganz Europa hinweist. Der Reichstag habe dazu noch Stellung zu nehmen. Die Regierung könne aber noch keine näheren Mitteilungen machen. Unter dem Druck dieser Lage müssen wir unsere Arbeiten fortsetzen in der Hoffnung, daß die kommenden Ereignisse uns nicht zuschanden machen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Postgebühren wird an einen Ausschuss verwiesen.

Der Wiederaufbau der Handelsflotte.

Berlin, 2. März. Der Vertrag zwischen den deutschen Reedereien und der Reichsregierung über die Entschädigung des Reichs zum Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte setzt die Gesamtsumme, die das Reich den deutschen Reedereien zahlen wird, auf 11,97 Milliarden Mark fest. Die Reeder verpflichten sich, mindestens ein Drittel der früheren Handelsflottentonnage, gleich 2,5 Millionen Tonnen, wieder zu bauen, davon 90 Prozent auf deutschen Werften. Es werden in der Durchschnittsgröße von 10—15 000 Tonn. gebaut werden.

Bewaffnete engl. Handelsschiffe in Deutschland.

Hamburg, 2. März. Im Hamburger Seereschiffhafen liegt der englische Handelsschiff „Orange River“ und löst eine Meuterei aus. An Deck steht ein 10,5-Zentimeter-Geschütz, dessen Mündung auf die Stadt gerichtet ist. Dies ist der dritte derartige Fall großer Völkerrrechtsverletzung, der in deutschen Häfen festgestellt worden ist.

Stillelegung der Stettiner Vulkanwerft.

Stettin, 2. März. Verhandlungen zwischen der Direktion der Vulkanwerft und dem Betriebsrat und der Arbeiterorganisationen haben nicht zu einer Einigung geführt, da die Leitung im Interesse der arbeitswilligen Werksangehörigen es ablehnte, alle entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Es wurde nunmehr die gesamte Arbeiterschaft entlassen.

Englische Truppen in Oberschlesien.

Berlin, 2. März. Der Abtransport der englischen Truppen, die für Oberschlesien bestimmt sind, hat heute begonnen. Die Truppen werden in 14 Sonderzügen über Frankfurt a. M., Erfurt, Pögnitz nach Oberschlesien befördert.

Erweiterung des besetzten Saargebiets.

Berlin, 2. März. Der Reichsrat hat dem Geheiß zugestimmt, das die Gebiete von Dreißbach und Roschberg, die Quelle von Reuching und die Domäne Geißweiler Hof in das besetzte Saargebiet einbezogen.

Scherstreit in Budapest.

Budapest, 2. März. Die Zeitungsbefreiung haben wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die Technische Rothhilfe ermöglichte die Ausgabe eines Abendblatts. Die Regierung hat auf Grund des Kriegsdienstleistungsgesetzes eine Druckerlei mit Beschlagnahme belegt, wo nun eine zweimal täglich erscheinende Zeitung herausgegeben wird.

Amerikanischer Abrüstungsantrag.

Washington, 2. März. Der Senat hat einstimmig einen Zusatz zum Marinehaushaltgesetz angenommen, durch den der Präsident ermächtigt wird, eine Konferenz der Vereinigten Staaten, Englands und Japans zum Zweck der Abrüstung zur See einzuberufen.

Eine letzte Niederlage Wilsons.

Washington, 2. März. Noch vor dem Ende seiner Amtszeit erlitt Wilson eine letzte Niederlage durch den

Unter Sonnengluten.

Ein jüdischer Roman zu Wasser und zu Lande.
Von Erich Friesen.

(Nachdruck verboten.)
An den Arm eines ihrer Bewunderer geknüpft, ging Olivia Roberts vorbei — ein Jammerbild. Wir hängen die sonst so sorgfältig toupierten schwarzen Haare in die bleiche Stirn. Die gewöhnlich spöttisch funkelnden Augen stieren glanzlos vor sich hin.
„Hol der Audus das ganze Seereisen!“ schimpft Olivia Begleiter, ein junger amerikanischer Dollar-millionär, ein vergebliches Bemühen, seefest zu erscheinen. „Sir Reginald war der einzige Vernünftige von uns allen!“

Etwas Leben kommt in Olivias bleiches Gesicht.
„Wieso?“

„Weil er gestern Abend das Schiff verlassen hat!“

Ein leiser Schreckensruf aus Olivias Munde bringt ihm zum Bewußtsein, daß er seiner schönen Landsmannin mit dieser Nachricht keinen Dienst erwiesen hat. Eifersüchtig geleitet er sie von dannen.

Und Gerda?

Todesbleich lehnt sie an der Keeling.

Jetzt weiß sie es: er ist fort!

Fort!!

Entschwunden aus ihrem Leben wie ein verstaubter Traum.

Fort!!

Im Dröhnen des Sturmes, im Brausen des Meeres, im Donnern und Krachen des Schiffes hört sie nur das eine: „Er ist fort!... Fort! Fort!“

Awar Alzeff bleibt den ganzen Vormittag über unstillbar. Draußen in seiner Kabine hockt er und brütet, wie er sich Sir Reginalds Gegenwart und damit der ihm drohenden Bergeltung entziehen könne.

Im heißen Innern ängstlich und feige, wie alle brutalen Naturen, fürchtet er den Horn des Mannes, dessen Schwester er so unglücklich gemacht.

Und doch wagte er gestern Abend nicht, das Schiff wieder zu verlassen. Eifersucht brennt ihn an den Ort, wo seine Braut weilt.

Nicht, daß diese Eifersucht sich an einen bestimmten Gegenstand klammert. Er ist eifersüchtig auf jeden, der mit seiner Braut in Berührung kommt, der auch nur dieselbe Luft mit ihr atmet.

Schon beim ersten Wiedersehen gestern Abend an Bord wurde er sich klar, daß seine Gegenwart sie mit Schrecken erfüllte, und er nahm sich vor, ihr nicht mehr von den Herzen zu weichen.

Nur mit ihr verläßt er das Schiff. Oder gar nicht! Als gegen Abend der „Bismarck“ sich dem Hafen von Jaffa nähert — das ganze, so viel gefährdete Geklipp, die graulichen Felsenriffe eine wilde Brandung.

Kein Mensch denkt ans Ausbooten.

An die Keeling gelehnt, blicken die Passagiere sehnsüchtigen Auges hin nach der im Sonnenbrand rötlich schimmernden Sandküste Palästinas.

Dort hinten die weißen, übereinandergeschichteten Häusermassen Jaffas... daneben, in weiter Ferne, verschwimmend in violettem Dufte, ein langgestreckter Höhenzug des Gebirges Juda.

Auch Gerda steht im Reifelleid mitten unter ihren Freunden. Wie mechanisch vernimmt ihr Ohr die vielen enthusiastischen Ausrufe; wie mechanisch antworten ihre Lippen auf verschiedene an sie gestellte Fragen.

Was kümmert es sie, ob sie an Land gehen oder ob sie an Bord bleiben!

Mit triumphierendem Gesicht steht Iwan Alzeff neben seiner Braut. Auch er hat vor kurzem erfahren, daß Sir Reginald Carlton das Schiff verlassen hat. Sein Mut wächst. Er glaubt, nichts mehr zu fürchten zu haben.

Widder dort!

Nicht ahnt er, daß ein viel mächtigerer Feind als jener englische Edelmann sein Gesicht binnen kurzem bestiegeln wird.

Endlich — befänstigt das wilde Brausen des Meeres. Zurücktreten die sturenden Wasser. Harmlos, unschuldig liegen die Felschroffen da, wie schlafende Tiger.

Selbste Ruhe aber dem klaren Meerespiegel...
Rasch ausgebootet!

Brennende Sehnsucht treibt alles hin nach den geweihten Stätten Jerusalems.

Auch den Oberst von Gersdorf mit seiner kleinen Gesellschaft.

Ihr notgedrungen akzeptiert man dabei Iwan Alzeff, dessen verstedtes Wesen Allen unheimlich ist.

Die kleine Hilde blüht rosiger denn je.

Sie Iwan Alzeffs Ausrufen hat Dr. Rosen seiner offenen Bewunderung Gerda Alwings Schranken gesetzt. Wieder mehr beschäftigt er sich mit Hilde, deren ungelächelte Naivetät den losen Spötter anzieht und immer wieder aufs neue fesselt.

Während die Kumpelkassen von Eisenbahnwagen die Passagiere über die fruchtbare Ebene von Sarona hinführen, wo Palmen- und Olivenwäldchen durch die kleinen Waggonsfenster lugen oder die weißen Steingräber arabischer Archäologen; während sie hineinsehen in unheimlich rauhe Schluchten des Gebirges Juda oder dahin in glühender, über eben Felshöhen brütender Mittagssonne — beobachtet Iwan Alzeff seine Braut genauer. Er ahnt, daß in letzter Zeit eine Wandlung mit ihr vorgegangen ist, und er wartet nur auf die Gelegenheit, da er, allein mit ihr, sie ausforschen kann.

(Fortsetzung folgt.)

amerikanischen Senat. Er hatte 11 Generalmajore und 22 Brigadegenerale ernannt. Der Senat hat dieser Ernennung seine Zustimmung versagt; sie wurden von 36 Republikanern und 34 Demokraten für null und nichtig erklärt.

Ein amerikanisches Kriegsschiff gesunken.

Washington, 2. März. Ein amerikanischer Torpedobootszerstörer stieß auf der Höhe von Panama mit dem Dampfer „Steel Inventor“ zusammen. Der Torpedobootszerstörer ist gesunken. Ein Maschinist ist umgekommen, 15 Mann werden vermisst.

— **Gesegnetes Bayern.** Aus Pfarrkirchen schreibt die „Augsb. Postz.“: Im Kottal kann man Eier bereits um 60 Pfg. das Stück erhalten. Butter wird von den Bäuerinnen um 9 Mk. das Pfund in der Stadt angeboten.

Stuttgart 2. März. (Vom Schlachtviehmarkt.) Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachtviehmarkt zugeritten: 37 Ochsen, 10 Bullen, 170 Jungbullen, 102 Jungkühe, 186 Kühe, 71 Kälber, 345 Schweine, 12 Schafe und 4 Ziegen, ferner 20 Jungbullen, 22 Jungkühe, 176 Kühe, 171 Kälber und 170 Schweine. Eine Notierung der Marktpreise konnte, wie bereits berichtet, nicht stattfinden, weil die Viehwirtschaft sich weigerte, den am hiesigen Markt gebräuchlich gewordenen Proz. Gewichtszuschlag bei Großvieh und dem 10proz. Zuschlag bei Schweinen und Kleinvieh zum Marktgewicht auch künftig zu zahlen, und die Verhandlungen mit der Händlerschaft nicht zu einer Einigung geführt hatten. Der Abschluß dieser Verhandlungen ist für die nächste Woche zu erwarten.

Württemberg.

Stuttgart, 2. März. (In den Ruhestand.) Direktor v. Knapp, Vorstand der Betriebsabteilung der Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart, und Ministerialdirektor Luppfer in der vormaligen Zweigstelle Württemberg des Reichsverkehrsministeriums sind in den Ruhestand getreten.

Stuttgart, 2. März. (Neuer Fleischabschlag.) Von heute ab sollen Ochsen- und Rindfleisch 12 Mk., Kuhfleisch 7—9 Mk., Kalbfleisch 12 Mk., Schweinefleisch 14 Mk. und Hammelfleisch 12 Mk. das Pfund. Auch die Wurstpreise haben sich um 1 Mark für das Pfund ermäßigt.

Stuttgart, 2. März. (Die Eingemeindungsfrage.) Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat an den Minister des Innern die Große Anfrage gerichtet, ob er bereit sei, über den Stand der Eingemeindungsfrage und vor allem darüber Auskunft zu geben, ob die Vereinigung der in Frage kommenden Vorortsgemeinden mit Stuttgart noch vor der Oberbürgermeisterwahl vollzogen werden kann.

Sindelfingen, 2. März. (Gegen die Wohnungsnot.) Die gemeinnützige Bau- und Sparvereine Sindelfingen hat im letzten Jahr 48 Wohnungen errichtet. Außerdem wurden durch die Daimlerwerke in ihren teilweise freigegebenen Anwesen weitere 60 Wohnungen erstellt. Um die immer noch vorhandene Wohnungsnot zu beheben, wird die Bauvereinschaft im laufenden Jahr weitere 35 Wohnungen mit Stadtzufuß errichten, die zum Herbst bezugsbar sein sollen.

— **Bekämpfung der Mäuseplage.** Die Feldmäuse treten wieder in Massen auf. Als bestes Bekämpfungsmittel hat sich bisher die gleichzeitige Anwendung von Giftgetreide und Mäusegiftkulturen bewährt. Für kleinere Gärten kommt auch die Anwendung von Schwefelkohlenstoff in Betracht. Die günstigste Zeit für das Auslegen der Giftmittel und Toxusulturen ist das zeitige Frühjahr, weil da die Tiere weniger widerstandsfähig sind und aus Futtermangel die Giftmittel sofort und vollständig aufnehmen.

Landtag.

Stuttgart, 2. März. (64. Sitzung.) Abg. Dr. Belfrage (D.P.) stellt die Behauptung richtig, die katholischen Geistlichen in Württemberg seien am besten gestellt. Dem kommenden Trennungsgesetz könne seine Partei nur zustimmen, wenn eine Schädigung der Kirche nicht eintrete. Der Staat werde den Aufwand für die Kirche im Jahr 1922 tragen müssen, Minister Dr. Hieber meinte, man werde wohl zu einer Uebersichtsregelung kommen. Abg. Dr. Eggelhaas (D.P.) verlangt Uebernahme der finanziellen Bedürfnisse für ein weiteres Jahr durch den Staat. Abg. Dr. Baur (S.) erklärte sich gegen die beiden Punkte der Entschliebung, aber für die Vorlegung des Trennungsgesetzes. Die Entschliebung wurde in ihrem ersten und zweiten Teil gegen Zentrum und Unabhängige und Kommunisten, im dritten Teil gegen die Linke angenommen. Die Erhöhung der Etatsforderung für die evangelischen Seminare von 1,5 auf 1,5 Millionen fand gegen die Stimmen der Linken Annahme.

Abg. Ulrich (S.) beantragte Auflösung der teilweise noch bestehender privatrechtlichen Verpflichtungen der Gemeinden zu Naturalleistungen an die Kirchengemeinden. Abg. Schütz (Komm.) nannte das Einkommen der Geistlichen eine Erwerbslosenunterstützung. Der Antrag Ulrich wurde mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei abgelehnt, ein Auswahlantrag auf Rückgabe des alten Glodenmaterials angenommen.

Bei den Kapiteln über die katholische Kirche griff Abg. Denmann (S.) die Denkschrift der deutschen Bischöfe über die Schulfrage an, die die Anstellungs- und Rechtsverhältnisse der Lehrer beeinträchtigt und gegen die Verfassung kämpfe, in der die Simultanschule festgelegt sei. Die Lehrer an der Bekennnisschule hätten das Recht, die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen.

Abg. Holz (S.) kennzeichnete die Bemerkungen, die Konfessionschule möglichst zu verhindern und beanspruchte für die Bischöfe das Recht, ihr Erziehungs- und Schulideal zu vertreten, so gut wie es Heymann für sich beanspruchte. Wenn die Begriffsbestimmung der Konfessionschule feststehe, werde ein Lehrer an einer Konfessionschule nur unterrichten können, wenn er auf dem Boden der Religion stehe. Man möge warten, bis das Reichsgesetz kommt. Das Kapitel wurde genehmigt.

Bei der Besprechung der Typhusepidemie im Württemberg zu Tübingen beantragte Abg. Dr. Fiebig (D.P.) Uebernahme der Verpflegungskosten auf den Staat. Dr. Baur (S.) forderte Aufklärung über die Ursache und einen Umbau des Hauses.

Der Kultminister erklärte, der Staat habe seine Pflicht nicht verkannt, auch in früheren Jahren nicht. Die Kosten der Erklärungen mit 90 000 Mk. seien bereits angewiesen.

Bei dem Kapitel über das Dienstverkommen der katholischen Geistlichen und den Aufwand für die kath. Kirche streifte Abg. Dr. Fiebig (D.P.) die Forderung der gleichzeitigen Gleichstellung der katholischen Geistlichen mit den evangelischen. Abg. Dr.

Baur (S.): Die Veronalansgaben des Haushalts ergeben für die evangelischen Geistlichen 21,7 für die katholischen 9,7 Millionen. Das entspreche nicht dem Verhältnisverhältnis, wonach auf 100 Mk. für die evangelischen Geistlichen 44 für die katholischen kommen müßten. Zu entscheiden sei nicht nur nach der Bevölkerungsziffer, sondern auch unter Berücksichtigung der Bedürfnisse. Die evang. Geistlichen sollten durch Kinderzuschläge verhältnismäßig werden. In Preußen und Bayern sei die Gleichstellung vollzogen. Seine Partei nehme den Antrag auf Gleichstellung sowie den Entschluß wieder auf, die Staatsausgaben für Ruhegehälter der evang. Geistlichen und für Pensionen ihrer Hinterbliebenen in die Berechnung der Pauschalsumme für die kath. Kirche mit einzurechnen.

Kultminister Dr. Hieber: Der Aufwand für die evangelische Kirche beträgt 27,8 Mill. Mk., für die katholische 12,3 Mill. Mk. Der Paritätsmaßstab wäre 12,1 Mill. Mk. Es ist also nicht engherzig verfahren worden. Der kath. Geistliche bezieht nicht ein Gehalt wie der Beamte oder wie ein evang. Geistlicher; die Grundlage seines Dienstverkommens ist die Pfründe, dazu kommen Zuschüsse und Teuerungszuschläge. Mit dem Pfründensystem hängt es zusammen, daß die Zahlungen noch im Rückstand sind. Das Bischöfliche Ordinariat hat 1911 erklärt, nach dem kanonischen Recht sei eine Verringerung des Gehaltssystems nicht angebracht. Die Pauschsumme soll erhöht werden, das kann nicht geschehen, solange die Pfründe-Rechnung nicht abgeschlossen ist. Die kath. Geistlichen erhalten noch Stuhl- und Mesgebühren mit durchschnittlich zusammen 845 Mk., die der evang. Geistliche nicht erhält. Tatsächlich besteht ein Unterschied beim Anfangsgehalt von 900—1700 Mk., beim Endgehalt von 4200—4300 Mk. Hält die kath. Oberkirchenbehörde eine weitere Erhöhung der Gehälter nach Abschluß der Pfründerechnung für nötig, so muß eine Umlage eingeführt werden. Eine andere Regelung würde der Parität widersprechen. Es ist zu beachten, daß auf je 100 000 Seelen in Württemberg 66,5 evangelische und 99,6 katholische Geistliche kommen. Die Zahl der kath. Pfarrstellen ist also im Verhältnis in Württemberg 1/2 mal so groß, mit der Berechnung der Hilfsgeistlichen noch größer. Von einer rechtlichen Verpflichtung des Staats zur Deckung des ganzen kirchlichen Aufwands kann keine Rede sein. Die Befolungsregelung der Geistlichen soll nach dem Osten eingereicht werden, das Ministerium wird aber jetzt schon Maßnahmen zu Gunsten der Geistlichen treffen.

Das württ. Besoldungsgesetz.

Der dem Landtag zugegangene Entwurf des neuen Besoldungsgesetzes, das die württ. Besoldungen denen des Reichs anzugleichen hat, ist im Druck erschienen. Das neue Gesetz sieht in 13 Gruppen folgende Gehaltsstufen vor:

- Gruppe I: Hauswarte, Gartenarbeiter, Fluhwarte usw. 4000 bis 6000 Mk.;
 - Gruppe II: Aufseher, Hausmeister, Heizer usw. 4300 bis 6400 Mk.;
 - Gruppe III: Hausverwalter, Kanzleigehtlichen und -innen, Maschinisten, Mechaniker, Oberaufseher, Pfleger usw. 4600 bis 6900 Mk.;
 - Gruppe IV: Kanzleihilfsrenten, Forstwarte, Landjäger, Wachtmeister usw. 5000 bis 7500 Mk.;
 - Gruppe V: Kanzler- und Betriebssekretäre, Förster, Handarbeitslehrerinnen, Oberlandjäger, Pflanzvorsteher usw. 5400 bis 8100 Mk.;
 - Gruppe VI: Justiz- und Polizeisekretäre, Gefängnis und Bestätigungswalter, Gewerkschaftssekretäre, Polizeileutnants usw. 5800 bis 8700 Mk.;
 - Gruppe VII: Obersekretäre, Elementar- und Fachlehrer, Hauptlehrer, Straßen- und Fluhmeister 6200 bis 9300 Mk.;
 - Gruppe VIII: Obersekretäre, Bezirksnotare, Oberlehrer, Präzeptoren und Reallehrer, Fachhauptlehrer usw. 6800 bis 10 200 Mk.;
 - Gruppe IX: Rechnungsräte, Bauinspektoren, Fachoberlehrer, Bezirksnotare auf gehobenen Stellen, Ingenieure, Oberlehrer auf gehobenen Stellen und Volksschulrektoren 7600 bis 11 400 Mk.;
 - Gruppe X: Regierungsräte, Bauräte, Bergräte, Amtsrichter, Landrichter, Oberamtmänner, Fachoberlehrer, Forstmeister, Oberamtsärzte und Oberamtsstierärzte, Pfarrer, Studienräte 8400 bis 12 600 Mk.;
 - Gruppe XI: Regierungsräte usw. auf gehobenen Stellen, Forstärzte, außerordentliche Universitätsprofessoren, Oberamtmänner größerer Ämter usw. 9700 bis 14 500 Mk.;
 - Gruppe XII: Oberregierungsräte usw., Direktoren, Oberstaatsanwälte, Studiendirektoren usw. 11 200 bis 16 800 Mk.;
 - Gruppe XIII: Ministerialräte, Landgerichtspräsidenten, Regierungspräsidenten usw. 13 200 bis 22 000 Mk.;
- bei den Einzelgehältern: Staatsräte und Gesandte 35 000 Mk., ferner Minister.

Dazu treten die Dienstalterszulagen, die Kinder- und Teuerungszuschläge.

Baden.

Karlsruhe, 2. März. Karlsruhe galt bisher als Gartenstadt; man konnte kaum in einer Stadt schöneren Blumenstand sehen als hier, besonders in den öffentlichen Anlagen. Wegen der schlechten Finanzlage hat sich nun aber der Gemeinderat entschlossen, künftig auf den Blumenstand in den Anlagen zu verzichten, wodurch jährlich 340 000 Mark erspart werden sollen. Ferner haben die bürgerlichen Kollegien die Villa der Oberbürgermeisterwohnung um 170 000 Mark an einen Ziegeleibesitzer verkauft. Die Villa wurde mehrere Jahre vor dem Krieg von dem Ehrenbürger der Stadt, Geh. Kommerzienrat Dürr um 100 000 Mk. angekauft und der Stadt zu dem erwähnten Zweck zum Geschenk gemacht.

Heidelberg, 2. März. In einem hiesigen Hotel wurden einer Dame Schmuckfachen im Wert von 33 000 Mark gestohlen.

Mannheim, 2. März. Hier wurde ein Einbruch in ein Mehrgemeinschaftsunternehmen und dabei Kleidungsstücke im Gesamtwert von über 27 000 Mark gestohlen. — Am Sonntag wurden wieder einem Mädchen die Zöpfe abgeschritten.

Freiburg, 2. März. Der Gebäudeschaden bei dem Großfeuer an der Bahringersstraße betrug 200 000 Mk., der Fahrnißschaden, der sich auf 4 Familien verteilt, 123 000 Mk.

Necklitz, 2. März. Der Verlag des hiesigen „Oberbadischen Grenzboten“, Inhaber F. Schönebeck, ist an das „Stodacher Tagblatt“ übergegangen.

Konstanz, 2. März. Ein Transport Waffen und Munition, der vor wenigen Tagen an den Bodensee gelangte und über dessen Herkunft noch keine völlige Klarheit besteht, wurde auf Anordnung des Landeskommissars für die Entwässerung beschlagnahmt.

Konstanz, 2. März. Auf Grund von Besprechungen der deutschen und schweizerischen Eisenbahnbetriebsverwaltungen und der Grenzpolizeibehörden sollen im Sommerfahrplan zwei Schnellzugpaare auf der Strecke Konstanz—Waldshut—Säckingen—Basel eingelegt werden.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 2. März.

Zu der gestrigen Sitzung berichtete Abg. Dr. Wodner (Dem.) über die Beschaffung von Wohnungen für reichsdeutsche Flüchtlinge. Angefordert wurden 500 000 Mark. Die Vorlage wurde einstimmig genehmigt. Weiter wurde genehmigt, daß der Umbau des Landgerichts in Oberburg sofort vollzogen werden kann und weiterhin genehmigte der Landtag die sofortige Auszahlung der Zuschüsse zu den Bezügen der Beamtenanwärter.

Abg. Jhrig (Dem.) berichtete über die Ergänzung und Regelung von Bezügen der Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen und über die dazu eingegangenen Besuche. Die Pensionäre und Witwen sollten nicht ungeduldig werden, wenn die Auszahlung sich etwas verzögere. Der Gedanke einer Vorzahlung habe sich nicht verwirklichen lassen. Die Auszahlung werde aber beilebigen werden.

Zu der Ausprache stimmten die Redner sämtlicher Fraktionen dem Geisentruf zu. — Abg. Dr. Behner (S.) brachte einen Antrag der Zentrumsfraktion in Erinnerung, in der die Aufhebung der Zwangsrentenversicherung der Beamten beim 65. Lebensjahr gefordert wird. — Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.P.) trit mit, daß er in der Frage der Pensionierung der 65jährigen Beamten eine kurze Anfrage an die Regierung gerichtet habe, bisher aber ohne Antwort geblieben sei.

Ein Ministerialbeamter weist darauf hin, daß Baden in der Frage der Besoldung usw. immer sehr weit gegangen sei und dafür oft die Vorwürfe anderer Staaten habe hören müssen. In der Frage der Zwangsrentenversicherung seien Erhebungen im Gang.

Das Gesetz wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag des Haushaltsausschusses, die Bezüge der Ruhegehaltsempfänger und Beamten-Hinterbliebenen mit unrichtiger Beschleunigung festzusetzen und die Bezüge für die rückliegende Zeit bis zum 1. April 1920 alsbald vorläufiglich zur Auszahlung zu bringen.

Vermischtes.

Um die Reichshöhe. Die deutschen Vereine in Argentinien, Uruguay und Brasilien haben in einem Antrag an die Reichsregierung die Wiederherstellung der schwarz-weiß-roten Reichsfahne verlangt.

Gegen die schwarze Schmach. In New York fand am 1. März eine großartige, wuchtvolle Kundgebung gegen die schwarze Schmach im besetzten deutschen Gebiet statt, an der etwa 30 000 Personen teilnahmen. Mehrere hohe Beamte hielten Ansprachen.

Nikita 4. Der frühere König von Montenegro, Nikolaus I., ist in Züri (Schweiz) gestorben. Der König und die Königin von Stalien werden der Beisetzung beiwohnen. Nikita, geb. 1841, floh bei dem Einrücken der österreichischen Truppen in Montenegro im Weltkrieg zuerst nach Rom, dann nach Frankreich. Der Frieden von St. Germain und Trianon hat ihn nicht wieder eingesetzt, sondern das Land dem neugebildeten Staat Jugoslawien mit Serbien an der Spitze zugesprochen.

Kindliche Unschuld. Auf einer Station der württ. Gäubahn wurde dieser Tage einem kaum schulpflichtigen Knaben aus Stuttgart, der Milch „geamtert“ hatte, von der Kontrolle die volle Ranne abgenommen. Halb mitleidig fragte der Gesetzeswächter: „Was tust du jetzt, wenn dir die Milch genommen wird?“ Treuherg sagte der Kleine: „I gang morgge wieder!“

Die Mandelbäume an der Bergstraße, die am Fuß des Odenwalds von Baden nach Heffen zieht, haben zu blühen angefangen.

Das Münchner Hofbräuhaus hat in den früheren Jahren durchschnittlich 145 000 Hektoliter Bier gefotten, wovon 45 000 Hl. im Hofbräuhaus selbst verpackt wurden. Im Jahr 1920 ist die Erzeugung auf 78 644 Hl. zurückgegangen, der eigene Ausschank belief sich auf 6000 Hl., der sonstige Absatz 27 644 Hl. und die Ausfuhr 31 000 Hl. Letztere ist namentlich wegen der hohen Frachttäge, die sich auf 40—50 Mk. für das Hl. erhöhen gegen früher 20 Mk., zurückgegangen, wodurch in manchen Absatzgebieten das tschechoslowakische und französische Bier einen Vorsprung erhält.

Lokales.

— **Ver spätete Zeitungsbestellungen.** Das Reichspostministerium hat angeordnet, daß Bestellungen auf Zeitungen ohne Rücksicht auf die Häufigkeit des Erscheinens als verspätet anzusehen sind, wenn sie von den Bezählern erst in den letzten drei Tagen vor Beginn der Bezugszeit oder später aufgegeben werden. Nicht nach der Ansicht der Absatz-Postanstalt diese Frist in besonderen Fällen nicht aus, z. B. vor Sonn- und Feiertagen oder aus großer Entfernung, so ist der Bezähler schon am vierten oder fünften Tage vor der neuen Bezugszeit darauf hinzuweisen, daß die rechtzeitige Lieferung der ersten Nummern zwei elhaft ist. Nach wie vor ist er zu befragen, ob er eine Nachlieferung wünscht. Für deren Bestellung wird eine besondere Gebühr erhoben.

Die Postzeitungsgebühr wird nach dem neuen Posttarifgesetz bei Zeitungen bis 20 Gramm auf 2 Pfg., von 20 bis 50 Gramm auf 3 Pfg. für die Nummer erhöht. Die Mindestgebühr beträgt 1.80 Mark jährlich.

— **Eine eigenartige Himmelserscheinung** konnte man, wie Blätter berichten, am Sonntag abend in der 7. Stunde beobachten. Am westlichen Himmel war ein großer Stern sichtbar, der wie in Nebel verschwommen schien; die Helligkeit und Größe des Gestirns nahmen auffallend zu und erreichten beinahe die Größe einer Mondscheibe. Der Schein war gelblichgrün, und fast eine Stunde lang konnte man das seltsame Schauspiel genießen, dann verschwand der Stern wieder.

— **Kommende Milchpreiserhöhung?** In Wiesbaden fand auf Veranlassung des hiesigen Landesernährungsamts eine Konferenz der Regierungsvertreter von Baden, Hessen, Württemberg und der Pfalz, sowie der Städte Mannheim, Frankfurt und Wiesbaden statt, die sich mit der von verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen geforderten Milchpreiserhöhung befaßte. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Erhöhung der jetzigen Milchpreise trotz großer grundsätzlicher Bedenken gegen eine Preiserhöhung in der Zeit des Abbaus anerkannt wird. Das hiesige Landesernährungsamt beabsichtigt, einen Stallpreis von 2 Mk. für den Liter festzusetzen.



Linden-Lichtspiele. Der am Sonntag gelaufene Film „Die Maske des Todes“ (1. Teil „Der Mann mit dem Silberseilet“) hatte die Besucher in vollem Maße befriedigt, war doch die Handlung von Anfang bis Ende spannend. Die Aufnahme zeichnete sich durch gute und klare Bilder aus. Hans Merendorff als Hauptdarsteller bot eine prächtige Leistung. Auch das Lustspiel brachte die Besucher auf ihre Rechnung. Am kommenden Samstag abends 8 Uhr und Sonntag mittag 4 Uhr und abends 7/8 Uhr kommt die Fortsetzung des Serien-Films „Die Maske des Todes“ (2. Teil „Das Geheimnis der Zisterne“) zur Vorführung. Nachdem der 1. Teil, voll von spannenden Momenten war, kann verraten werden, daß der 2. Teil noch bedeutend reicher an aufregenden Szenen ist, wie der 1. Teil und ist ein Besuch auf das wärmste zu empfehlen. Es wäre nur für die Besucher von großem Vorteil, wenn das lästige Rauchen unterbleiben würde, da dadurch die Helligkeit der Bilder stark beeinträchtigt wird.

Die „Würger“.

Nachrichten aus Indien zufolge soll die furchtbare Sekte der „Thugs“ oder Würger wieder ihr Unwesen treiben. Man behauptet, daß von den 6000 jährlichen Todesfällen, die in Indien durch Vergiftung hervorgerufen werden, nicht die Giftschlangen allein berechtigt seien, sondern daß die Thugs jetzt in ausgedehntem Maße mit Gift arbeiten. Wenn sich diese Gerüchte bewahrheiten, so würde eine alte Organisation von Räubern und Mördern wiederkehren, die wohl ihresgleichen nicht auf der

Welt hatte und das Land bis vor 80 Jahren in Angst und Schrecken versetzte. Aber die organisierte Sekte ist in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts vernichtet worden. Damals wurden 2000 Thugs gefangen, Hunderte gehängt, die übrigen eingekerkert oder aus dem Land gebracht. Die Thugs bilden eine Bruderschaft, die geleitet wurde von Kali, dem „Gott des Nordes“, und die religiöse Verehrung dieser Gottheit bestand in der Ermordung von Persönlichkeiten, von denen man behauptete, daß sie sich irgendwie gegen die indische Religion vergangen hätten.



Der Hotel Riechle in Wildbad, wo die Konferenz zur Versteigerung stattfand.

Wetter.

Der Luftwiderstand im Westen macht rasche Fortschritte, aber der Hochdruck im Südosten erhält sich noch. Am Freitag und Samstag ist Übergang zu mildem und regnerischem Wetter zu erwarten.

Stuttgarter Börsenbericht

nom 2. März 1921, mitgeteilt von der Direktion der Discontogesellschaft, Zweigstelle Wildbad (norm. Stahl & Federer K.G.)
Die heutige Börse war bei kleinem Geschäft auf allen Gebieten etwas schwächer. In Abwartung der Ergebnisse der Londoner Konferenz dauert die Zurückhaltung immer weiter an. Von Bankwerten verloren Notenbank 4% (236 G) und Vereinsbank 1 1/2% (158 G). Brauereialtien ruhig. Tiroler minus 8% (170 G), Brauerei Jahn minus 4% (195). Schwach lagen Maschinenaktien. Eßlinger minus 8% (282 bez. u. G), Hesser minus 8% (300 G). Ruhig war der Spinnerei- u. Textilmarkt. Baumwoll-Unterhausen minus 20% (340), Ruchen minus 3% (312). Von den übrigen Industrieaktien verloren Cement Heidelberg 10% (280 G), Laupheimer Werkzeug 10% (360), Seltellerei Wachenheim 15% (444), Stuttgarter Bäckermühle 5% (215) und Stuttgarter Zucker 3% (322). Im übrigen konnten sich die Kurse auf dem gestrigen Niveau behaupten. Im Freiverkehr wurden genannt: Germania Linoleum 370 Geld, Geislinger Maschinen 105 G, Heilbronner Zucker 315 G, Anorr ca. 245, Neckarsulmer ca. 360, Sinaleo 450 G, Süddeutsche Bureau 185 G 195 B, Schwäbische Möbel 165 G. Gesucht waren Mayer und Bollmer Werkzeugfabrik Biberach bei 165—170%. Gleich wie an den Vortagen, so bestand auch heute wieder reges Interesse für Reihinger Glas bei 148% und Holzwaren-Sommel bei 150%. Das Bezugsrecht von Cement Heidelberg notierte 42%.

Schuhe für Minderbemittelte.

Die Abgabe der Bezugscheine sowie der Schuhe erfolgt am Freitag nachmittag von 3—5 1/2 Uhr. Nachfolgende Nummern erhalten:

- Kinderstiefel zu M. 35.—:**
67, 319, 414, 416, 549, 601, 641, 913, 1002.
- Mädchenstiefel zu M. 50.—:**
81, 276, 284, 402, 420, 435, 701, 752, 775, 805, 972, 995, 996, 3017.
- Knabenstiefel zu M. 90.—:**
63, 112, 173, 334, 396, 401, 425, 448, 510, 627, 676, 681, 693, 734, 920.
- Damenstiefel zu M. 110.—:**
25, 27, 71, 74, 114, 140, 142, 235, 303, 314, 339, 345, 395, 406, 559, 561, 565, 582, 608, 620, 629, 650, 651, 697, 745, 751, 792, 819, 865, 880, 885, 901, 929, 933, 949, 1021.
- Damenstiefel zu M. 90.—:**
17, 20, 22, 41, 121, 226, 479, 605, 826, 895.
- Herrenstiefel zu M. 125.—, 175.— und 90.—**
sind genügend vorhanden und können außer den Anmeldungen noch weitere Personen berücksichtigt werden.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Freibank.

Freitag früh von 8 Uhr ab ist junges fettes **Ruhfleisch** zu haben das Pfund 9 Mark. Kleingeld ist mitzubringen.

Zur gefl. Mitteilung!

In den nächsten Tagen trifft eine fahrbare **Brennholz-Säge** für mich ein und nehme jetzt schon Bestellungen zum Sägen entgegen.
Fr. Krauß, Hauptstr. 148.

Liederfranz Wildbad.

Am Samstag, den 5. März, abends 7/8 Uhr, findet im Hotel Lamm unsere diesjährige **General-Versammlung** statt.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Neuwahlen.
3. Anträge und verschiedenes.
Die verehelichten aktiven und passiven Mitglieder werden gebeten vollzählig zu erscheinen.
Der Ausschuß.

Wildbad.

Versteigerung.

Am Montag, den 7. März 1921, nachmittags 2 Uhr, kommen in der Villa Riechle in Wildbad, Digastraße, folgende Gegenstände zur Versteigerung:

- 6 vollst. Betten, 4 Nachtkästchen (drei mit Aufsatz), 2 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegelaufsatz (eine ohne Aufsatz)
- 6 Stühle, 2 Tische, 3 Handtuchständer, 3 Kästen, 5 Waschgarnituren, 4 Wolldecken, 1 zweirädr. Handkarren, 1 Hundehaus mit Zinkdach und Kette, 1 Eismaschine, 3 Zierpflanzen mit Kübel (1 Palme u. 2 Stechpalmen).

Zu den Betten kann auch Bettwäsche abgegeben werden. Die Gegenstände sind wie neu und sehr gut erhalten.

Robert Vollmer Fernsprecher - 154 -

Anfertigung sämtlicher Schreinerarbeiten

nach eigenen und gegebenen Entwürfen, sowie Ausführung sämtlicher Reparaturen bei billigster Berechnung. Ebenda sind einzelne Möbel sowie ganze Einrichtungen preiswert zu haben.

Geschäfts-Empfehlung!

Der geehrten Einwohnerschaft von Wildbad und Umgebung empfehle ich mich zur Ausführung sämtl. in mein Fach einschlagender

Maler-Arbeiten

von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung bei reeller und pünktlicher Bedienung zu den äußerst billigsten Berechnungen.

Schachtungsvollst
Karl Seyfried, Maler,
Rathausgasse 57.

Stadttierarzt Schindler
ist bis Anfang Juni

verreist!

Vertreter: Tierarzt Dr. Böpple-Neuenbürg, Tel. 20.
NB. Nicht dringende Aufträge wolle man bei Herrn Kull „Alte Linde“ aufgeben, der das Weitere veranlassen wird.

Felle! für Leder wie Pelz-Fabrikation
kauft zu den **allerhöchsten Tagespreisen** an.

Erich Maischhofer,
moderne Tierausstopperei.

Lindenstr. 52 Pforzheim Telefon 1511

Gut erhaltene, getragene **Kleider**
verkauft, wer sagt die Tagblattgeschäftsstelle.

Stellen als Beiköchinnen
in gutem Hotel zur Vervollständigung ihrer Kenntnisse. Gute Zeugnisse vorhanden.
M. Blaisch, Neubulach.

Zu kaufen gesucht.
Elaige gute **Leitern,**
15- bis 30sprödig,
ein Acker od. Wiese
am neuen Friedhofweg,
eine Scheuer oder Hütte
zum Abbruch.
Off. an die Geschäftsstelle des Tagblatts.

Damen

gebrauchen bei Störungen sofort die Präparate mit reeller Garantie einer erfahrenen Frau. Ihre letzten Zweifel müssen schwinden, wenn Sie sich die bewährten, herkömmlichen, nicht selbst hergestellten, dankstretenden neuen, für kostenlos gegen Rückporto kommen lassen. Wenn Sie wollen, bestellen Sie sofort in Zuzahlung, Bedienung unanfällig per Nachnahme.
Frau Paula Dombrowski
A. 632, BERLIN SW. 11,
Schönebergerstr. 6.

Kaufe

Lumpen,
Zeitungspapier,
Kupfer,
Messing,
Blei,
Zink u. s. w.
zu den höchsten Preisen.
Dürr, Zigarrenfabrik.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.
Mäntel, Kostüme, Taillekleider,
Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.
C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.